

Sachdokumentation:

Signatur: DS 56

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/56



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Eidgenössische Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ (Juso-Spekulationsinitiative)

1. Worum handelt es sich?

Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» der Jungsozialisten (JUSO) verlangt, dass in der Schweiz ansässige Unternehmen keine Termingeschäfte mit Agrarrohstoffen oder Nahrungsmitteln mehr tätigen dürfen. Ausgenommen davon sind Geschäfte, welche damit ihr Kerngeschäft absichern. Es müsste also bei jedem Geschäft entschieden werden, ob dieses als legitim oder als spekulativ zu betrachten sei. Das Verbot von spekulativen Geschäften soll Preisschwankungen (gegen oben) auf Nahrungsmittel auf dem weltweiten Markt verhindern, welche zu Hungersnöten in der dritten Welt führen.

2. FDP.Die Liberalen sagt Nein zur Spekulationsinitiative

Die Delegiertenversammlung vom 16. Januar in Schwyz hat **einstimmig** die Nein-Parole beschlossen. Die FDP lehnt die Initiative der JUSO aus folgenden Gründen ab:

- **Die Initiative ist wirkungslos**

Hunger und Armut sind weltweit ein grosses Problem. Gerade deshalb ist es höchst problematisch, wenn der Fokus auf falsche Schauplätze gelenkt wird: Finanzmarktinvestitionen an Terminbörsen haben nichts zu tun mit hohen Nahrungsmittelpreisen auf lokalen Märkten. Die gezielte und langfristig ausgerichtete Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern, in denen Armut und Hunger herrschen, ist das effizientere Mittel.

- **Die Initiative ist kontraproduktiv**

Die überwiegende Mehrheit wissenschaftlicher Studien sieht keinen Zusammenhang von Spekulation und Preisschwankungen bzw. –anstiegen. Aus 100 von der Hochschule Luzern sowie der Universität Basel kürzlich untersuchten Studien kamen 84 zu diesem Schluss¹. Vielmehr führen Spekulationsgeschäfte durch die höhere Liquidität im Markt zur Stabilisierung der Preise. Nahrungsmittelproduzenten können ihre Ernte mittels Termingeschäften absichern, und sich so gerade vor künftigen Preisschwankungen schützen. Weil dadurch die Produktion gesichert werden kann, führt Spekulation letztlich zu einem grösseren Angebot an Rohstoffen, und nicht zu mehr Hunger.

- **Ein Alleingang macht keinen Sinn**

Das Verbot von Termingeschäften mit Nahrungsmitteln allein in der Schweiz einzuführen macht keinen Sinn. Selbst wenn diese Art von Handel zu steigenden Preisen führen würde (was von einer Mehrheit der Studien negiert bzw. ihm sogar gegenteiligen Effekt zugesprochen wird), verlagert sich der Handel lediglich ins Ausland. Eine Vorreiterrolle der Schweiz würde zudem nicht dazu führen, dass andere Länder nachziehen, denn nicht einmal die UNO fordert ein Verbot solcher Termingeschäfte. Dies ist auch logisch, denn erst durch die Termingeschäfte werden die nötigen liquiden Mittel zur Verfügung gestellt für entsprechende Produktionsinvestitionen.

¹ <https://www.hslu.ch/de-ch/hochschule-luzern/ueber-uns/medien/medienmitteilungen/2015/09/14/auswirkungen-von-finanzspekulation-auf-preisausschlagenvon-rohstoffen-untersucht/>

- **Die Initiative führt zu massiver Bürokratie und unnötiger Regulierung**

Eine Umsetzung der Juso-Initiative würde bedingen, dass die Schweiz eine zusätzliche staatliche Aufsichtsbehörde schafft, die kontrolliert, mit wem und weshalb Unternehmen Terminkontrakte im Rohstoffbereich abschliessen. Das kostet Steuergelder, verlangsamt den Markt und benachteiligt Schweizer Unternehmen im internationalen Wettbewerb enorm. Unsere Unternehmen sind in der aktuellen Situation mit dem starken Franken, steigenden Energiepreisen und Unsicherheiten in der Europapolitik schon genug gefordert. Weitere und zudem sinnlose Regulierungen sind das letzte was wir jetzt noch brauchen. .

- **Die Initiative kostet Arbeitsplätze und Steuereinnahmen**

Die übertriebene Regulierung würde den Schweizer Handelsplatz unattraktiv machen. Hiervon wären nicht nur Firmen betroffen, deren Kerngeschäft der Handel mit Nahrungsmitteln ist, sondern auch Banken, Versicherungen oder Pensionskassen, welche in diese Produkte investieren oder diese absichern. Es ist damit zu rechnen, dass diese Firmen die Schweiz verlassen würden und es auch keine Neuansiedlungen mehr geben würde. Das würde zum Verlust vieler Arbeitsplätze und Steuereinnahmen führen, denn die Branche macht immerhin 3.5% am BIP aus.

- **Die Initiative ignoriert lokale Umstände**

Obwohl es den Weltmarktpreis für Agrargüter gibt, bilden sich die örtlichen Preise in der Regel abgeschottet nach lokalem Angebot und Nachfrage dies gilt insbesondere in wenig erschlossenen Märkten in der dritten Welt. Die JUSO versucht den Schwarzen Peter für steigende Preise wieder einmal ihrem ideologischen Gegner zuzuschieben. Naturkatastrophen wie beispielsweise Dürren oder Überschwemmungen, genauso wie Korruption und Handelshemmnisse sind die Gründe für steigende Preise. In Drittweltländern produzierte Nahrungsmittel erreichen häufig den Weltmarkt gar nicht, da sie zu wenige Lagermöglichkeiten haben und primär den Eigenbedarf decken.

3. **Kurz gesagt**

FDP.Die Liberalen lehnt die Initiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ ab, weil...

...sie wirkungslos ist: es besteht kein Zusammenhang zwischen Spekulation und Hunger

...sie kontraproduktiv ist: sie würde das Gegenteil von dem erreichen, was sie sich zum Ziel gesetzt hat

...sie die wirklichen Ursachen des Hungerproblems ignoriert

...sie eine Aufblähung der Bürokratie durch unnötige Regulierungen verursacht

...sie dem Wirtschaftsstandort Schweiz Schaden zufügt

...sie mit dem Verbot ein falsches Signal setzt

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – aus Liebe zur Schweiz